



PDS 2005

Seite 3



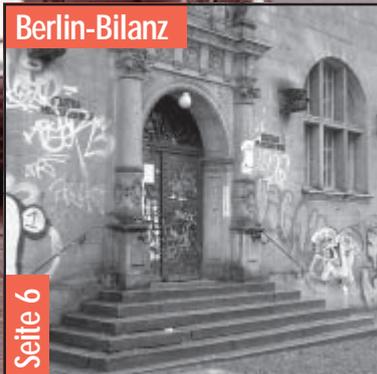
Unter ALG II

Seiten 4-5



Berlin-Bilanz

Seite 6



Aus BVV und Ausschüssen

Unendliche Geschichte



Schon vor Beginn der Tagung sorgte eine dringliche Anfrage des Ausschusses für Immobilienmanagement und Personal für Unruhe in den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Der sperrige Titel der Anfrage: „Fortgesetzte Anwendung fehlerhafter Abrechnungsverfahren im Sozialamt über Mai 2004 hinaus – Millionenschäden für das Haushaltsjahr 2006 für den Bezirk erwartet – Falsche Informationen der BVV durch den zuständigen Bezirkstadtrat?!“

Es ging also wieder einmal um Falschabrechnungen in dem von Sozialstadtrat Lehmann (SPD) geführten Sozialamt und den dadurch entstandenen Millionenschäden. Diese scheinen nun noch höher als erwartet – nämlich bis zu sechs Millionen Euro – und Herr Lehmann

steht im Verdacht, der BVV in den vergangenen Monaten nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben. Aber bevor die Tagung der BVV zu diesem Tagesordnungspunkt losgehen konnte, musste sich die SPD erst einmal mit der aktuellen Sachlage vertraut machen. Mit einer halbstündigen Verspätung begann dann die Tagung. Stadtrat Lehmann ging nach Feststellung der Dringlichkeit der Anfrage dann auch ans Rednerpult. Jeder und jede Bezirksverordnete erwartete nunmehr eine Stellungnahme zu den vielen Fragen und erhobenen Vorwürfen. Aber es erfolgte nichts – weder ein Paukenschlag noch ein Rücktritt dieses – meiner Meinung nach überforderten – Mitglieds des Bezirksamtes. Seinen Ausführungen konnte man nur mühevoll folgen. Ja, es

entstand vielmehr der Eindruck, dass er seine Ausführungen selbst nicht verstand.

Nach einer Auszeit des Gehörten wirkte der PDS-Fraktionsvorsitzende Michael van der Meer noch einmal eindringlich auf die Fraktion der SPD ein. Sie müsse sich Gedanken machen, wie weiterer Schaden im Bezirk verhindert werden könne und welche Konsequenzen einzuleiten sind. Wer eine solche Lösung erwartet hatte, sah sich getäuscht. Die SPD scheint derzeit zur Abwahl ihres Stadtrates nicht bereit. Bleibt es also weiter eine unendliche Geschichte? Schon im Februar wird die BVV vermutlich erneut über eine Abwahl zu beraten haben.

Rosi Fischer
Bezirksverordnete

Neue Heimatkunde

In Anwesenheit vom Wirtschaftsstaatssekretär Volkmar Strauch (SPD) und Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) wurden am 12. Januar die ersten drei Informationsstelen des Touristischen Wegeleitsystems aufgestellt. Bis Jah-

resmitte kommen weitere 25 der 1,80 Meter hohen Stelen hinzu. Diese geben Auskunft in Deutsch und Englisch über die Geschichte von Pankower Orten, Plätzen und Gebäuden. So wird auf markante Orte wie zum Beispiel den Jüdi-

schen Friedhof Weißensee, das Schloss Schönhausen oder das Stadtbad Oderberger Straße hingewiesen. Das Wegeleitsystem wendet sich gleichermaßen an interessierte Bewohner, Stadtwanderer und Touristen. Für Staatssekretär Strauch bedeutet dieses Informationssystem vor allem einen verbesserten Service für die Berlin-Besucher. Berlin verzeichnete im vergangenen Jahr elf Millionen Übernachtungsgäste und 75 Millionen Tagestouristen, die insbesondere an der Kultur und Geschichte der Stadt interessiert sind. Bezirksstadträtin Nehring-Venus freut sich vor allem darüber, dass nun der gesamte Bezirk und seine Sehenswürdigkeiten erwandert werden können. Die Stelen erhalten nicht nur Erläuterungstexte, sondern auch einen entsprechenden Stadtplan, der die Nutzer zu den entsprechenden Orten leitet.

Aufgestellt und finanziert wurde das Wegeleitsystem von der Firma Wall AG. Im Gegenzug erhält sie dafür vom Bezirk drei Werbeflächen im öffentlichen Raum.

Andreas Bossmann



PDS Berlin Drei macht Hausaufgaben

Das Jahr 2005

... wird prägend für den Weg der PDS ins Bundestagswahljahr 2006 sein. Abgesehen von der bundespolitisch wichtigen Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai, zu deren Wahlkampfunterstützung wir auch GenossInnen aus unserem Bezirk suchen, finden sich auf dem politischen Kalender nur wenig Höhepunkte. Trotzdem ist das Hausaufgabenheft der PDS in diesem Jahr randvoll.

An erster Stelle steht für uns dabei der Kampf für soziale Gerechtigkeit. Die PDS wird sich weiterhin an den Protesten gegen die Agenda 2010 beteiligen und Initiativen unterstützen, die die Verfassungsmäßigkeit der Hartz IV-Gesetze überprüfen lassen. Daneben stehen wir auch in unserer Geschäftsstelle BürgerInnen bei ihren Problemen mit Hartz IV hilfreich zur Seite.

Der PDS-Bundesvorstand hat sich außerdem vorgenommen, unsere Agenda Sozial als Alternative zur unsozialen Politik der Bundesregierung weiter zu qualifizieren und wirksam in die öffentliche Debatte zu bringen. Es gilt, unsere Konzepte zu Rente, Gesundheit, Versicherung und Steuern inhaltlich auszubauen. Ziel ist es, in diesem Jahr dazu eine Diskussionsoffensive zu starten und dabei Kontakte zu Gewerkschaften, Verbänden, Bewegungen und zur Wissenschaft zu suchen. In diesem Sinne beschloss auch unsere Hauptversammlung die Einrichtung einer Projektgruppe, die aus Mitgliedern der PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow und dem Bezirksvorstand besteht. Außerdem plant der Bundesvorstand die Durchführung einer kommunalpolitischen und einer bildungspolitischen Konferenz, um uns in weiteren Politikfeldern zu qualifizieren.

Die PDS wird sich auch weiter als Partei des Friedens und des Antifaschismus profilieren. Im Mai begehen wir den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Am 8.

Mai beteiligt sich die PDS an den zahlreichen zentralen Feierlichkeiten. Darüber hinaus schlagen wir allen Basisorganisationen vor, WiderstandskämpferInnen mit der Niederlegung von Blumen an allen Gedenktafeln des Bezirks zu ehren.

Mit der Gründung der Europäischen Linkspartei und dem Wiedereinzug der PDS ins Europäische Parlament haben wir uns im vergangenen Jahr eindrucksvoll auf der politischen Bühne zurückgemeldet. In der Diskussion um die Europäische Verfassung werden wir uns für die Durchführung einer Volksabstimmung einsetzen. Denn wir lehnen die militärische Ausrichtung der EU ab.

Der PDS-Bundesvorstand wird in diesem Jahr die Wahlstrategie und das Wahlprogramm für 2006 erarbeiten, das Wahlbüro bilden und ein

Personalkonzept entwickeln. Die Bundestagswahl im nächsten Jahr wird gleichzeitig mit den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen und zum Abgeordnetenhaus stattfinden. In diesem Zusammenhang planen wir in unserem Bezirk eine Veranstaltungsreihe zur Bilanz und Perspektive des rot-roten Senats. Der Auftakt dafür wird eine Veranstaltung mit Kultur- und Wissenschaftssenator Thomas Flierl am 17. Februar im Pfefferberg sein.

Darüber hinaus führt die BVV-Fraktion die Veranstaltungsreihe „PDS vor Ort“ weiter, bei der sie in einzelnen Ortsteilen über ihre politischen Schwerpunkte informiert und mit BürgerInnen ins Gespräch kommt.

Gernot Klemm
PDS-Bezirksvorsitzender



Mehr Beschäftigung?

Mehraufwandsentschädigung



Nach den Festlegungen zur Umsetzung der „Hartz-IV“-Gesetze sollen die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), so die amtliche Bezeichnung für die Ein-Euro-Jobs, als neue Form öffentlich geförderter Beschäftigung besonders ausgeweitet werden. In Pankow haben sich Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und Bezirksamt mit dieser Problematik intensiv beschäftigt. Das Bezirksamt hat zusammen mit der Arbeitsagentur Nord eine Arbeitsgemeinschaft (Arge) „Job Center“ und die BVV einen „Ausschuss Job Center“ gebildet. Ferner werden künftig zwei Mitglieder der BVV im Beirat der Arge mitarbeiten.

Aktuell wird in diesen Gremien u.a. über Realisierungsbedingungen für die MAE diskutiert. Vorwiegend

sollen danach die im Bezirk existierenden Träger MAE anbieten. Teilweise sind die vom Bezirksamt vorgesehenen Tätigkeitsfelder jedoch problematisch. Es sind Maßnahmen wie Sanierungs-, Verschönerungs- und Wartungsarbeiten, die in Freizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen, Kindergärten und Schulen angeboten werden sollen. Es besteht die Gefahr, dass durch die Ein-Euro-Jobs Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichtet werden können. Darüber hinaus muss auch beachtet werden, dass es für gleiche Tätigkeiten auch gleiches Entgelt geben muss, will man sich nicht dem Vorwurf des Lohndumpings aussetzen.

Dagegen werden wir uns als PDS-Fraktion wenden. Wir werden weiterhin auf einen effektiven und ho-

hen Weiterbildungsanteil bei den Arbeitsgelegenheiten achten und für die Ausweitung von sozialversicherungspflichtigen Arbeiten sowie Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante eintreten. Allerdings lassen die gegenwärtigen Gesetze dies nur in geringem Maße zu. Es ist offensichtlich nicht beabsichtigt, die Chancen der Betroffenen auf dem ersten Arbeitsmarkt wirksam zu verbessern. Hier zeigt sich konkret, wie unsozial Hartz IV in Wirklichkeit ist.

Unsere Fraktion hingegeben wird sich verstärkt für solche Eingliederungsmaßnahmen einsetzen, die die Chancen der Betroffenen auf dem ersten Arbeitsmarkt real verbessern.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Was bringen die Ein-Euro-Jobs?



Mit der Verabschiedung des „Hartz-IV“-Gesetzes hat eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat gegen das Votum der PDS das Instrument der sogenannten Ein-Euro-Jobs oder auch Zusatzjobs geschaffen.

Mit der von der Bundesregierung festgelegten sogenannten Aktivierungsquote haben die Arbeitsagenturen den Auftrag, rund ein Viertel aller ALG-II-Empfangenden in eine beschäftigungspolitische Maßnahme zu vermitteln. Dabei ist vorgegeben, dass die den Arbeitsagenturen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu einem Großteil in die billigen Ein-Euro-Jobs fließen müssen. An diese Vorgabe haben sich sowohl das Land wie auch die bezirklichen Arbeitsgemeinschaften (Arge) aus Bezirksämtern und örtlichen Agenturen für Arbeit zu halten.

Vor diesem Hintergrund muss auch die aktuelle Diskussion um die Frage betrachtet werden, inwieweit Zusatzjobs Arbeitsplätze im ersten

Arbeitsmarkt gefährden. Die Berliner PDS hat schon im September in einem Eckpunktepapier zur kommunalen Beschäftigungspolitik deutlich gemacht, dass diese Beschäftigungsmaßnahmen auf jeden Fall zusätzlich und gemeinnützig bzw. im öffentlichen Interesse sein müssen. Auf keinen Fall darf damit ein direkter oder indirekter Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sein – weder in Privatunternehmen noch im öffentlichen Dienst.

Ein ähnlich lautendes Positionspapier haben kürzlich auf Initiative des PDS-Senators Harald Wolf, die Unternehmerverbände und der DGB verabschiedet. Zusätzlich bedeutet nach der gesetzlichen Definition, dass die jeweilige Tätigkeit „nicht, nicht zu diesem Zeitpunkt oder nicht in diesem Umfang“ geleistet werden kann.

Angesichts der minimalen finanziellen Handlungsspielräume des Landes und der Bezirke können und sollen nach Auffassung der PDS daher nur Maßnahmen durchge-

führt werden, die zum einen direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen und damit im öffentlichen Interesse liegen, zum anderen aus den öffentlichen Haushalten ansonsten nicht finanziert werden können, aber auch keine Pflichtaufgaben des Landes sind. Außerdem sollten sie nach Möglichkeit im Interesse der ALG-II-Empfangenden mit einer Qualifizierung verbunden werden.

Natürlich ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass es angesichts der vorgegebenen hohen Zahl von Maßnahmen zu Verdrängungseffekten kommt, die Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt vernichten. Dies war in vergangenen Jahren auch bei ABM die Frage. Es wird u.a. Aufgabe der bei den örtlichen Arbeitsgemeinschaften zu bildenden Beiräte aus Bezirksverordneten, Gewerkschaftern und Vertretern der Arbeitgeber sein, hier ihr Kontrollrecht auszuüben.

Carola Freundl
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Stadtgespräch zu Hartz IV im Bötzowviertel

Bruch mit dem Sozialsystem

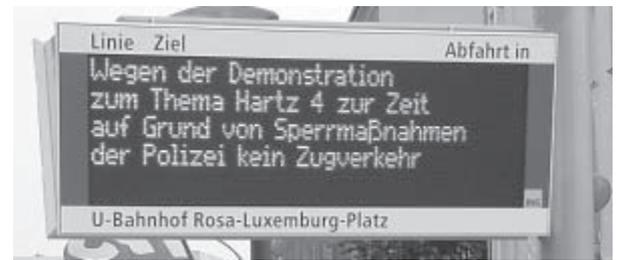
Als einen grundsätzlichen Bruch mit dem Sozialsystem der Bundesrepublik bezeichnete Dagmar Pohle, Sozial- und Wirtschaftsstadträtin von Marzahn-Hellersdorf, Hartz IV beim fünften Stadtgespräch der PDS im Bötzow-Kiez.

Dazu eingeladen hatte Dr. Klaus Lederer, Mitglied des Abgeordnetenhauses. Das Gespräch stand unter dem Motto „Hartz IV – Rahmen, Umsetzung, Rechte, Alternativen“. Der Raum der Betroffenenvertretung Bötzowviertel war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Betroffene waren gekommen und hatten vor allem praktische Fragen.

Was tun, wenn der Bescheid noch nicht da ist, was darf angerechnet werden, was nicht, wie ist das mit den Job-Centern? Die Job-Center seien zwar vom Ansatz her eine gute

Idee zur Vermittlung von Arbeitslosen, so Dagmar Pohle. Jedoch gingen sie ins Leere, da schlicht die Arbeitsplätze fehlten. Obwohl es Übereinstimmung zwischen allen Betroffenen darin gebe, dass die Ein-Euro-Jobs nichts im gewerblichen Bereich zu suchen hätten, um reguläre Arbeitsplätze nicht zu gefährden, bestünden in ihrem Bezirk Begehrlichkeiten. So wollte eine Wohnungsbaugesellschaft von Ein-Euro-Jobbern Treppenhäuser streichen lassen. Stattdessen bekam die Gesellschaft von ihr eine Liste von bezirklichen Betrieben des Malerhandwerks, erzählte Dagmar Pohle.

Einige bisherige Sozialhilfeempfänger hätten zwar einen Vorteil darin, dass sie nun Weiterbildungs- und Vermittlungschancen bekämen, jedoch würde durch Hartz



IV die Lebenssituation der übergroßen Mehrheit der Betroffenen dramatisch verschlechtert. Außerdem werde die Binnennachfrage dadurch weiter geschwächt. Dies sei umso heftiger abzulehnen, als Rot-Grün im Gegenzug die Senkung des Spitzensteuersatzes beschlossen habe, so die einhellige Meinung in der Diskussion.

Zwar ohne konkreten Aktionsplan, aber mit mehr Informationen und Wut verließ man die gelungene Veranstaltung. *Peter Venus*

Antragswirrwarr

Alles spricht von Hartz IV. Aber kaum jemand weiß, welchen demagogischen Titel dieses Gesetz trägt: „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt IV“. Das klingt sehr innovativ und kundenfreundlich. Jobvermittlung ohne Jobs, geringere Leistungsbezüge und komplizierte Antragsformulare – das sind die Realitäten, mit denen sich die Betroffenen in Wahrheit auseinandersetzen müssen.

Einen Antrag auf Arbeitslosengeld II (ALG II) können diejenigen Arbeitslosen stellen, die erwerbsfähig sind und keine Ansprüche auf andere Sozialleistungen haben. Neu ist auch, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger ebenfalls unter ALG-II-Bezug fallen. Im Bezirk Pankow sind etwa 27.000 Bürgerinnen und Bürger von Hartz IV betroffen.

Von den Mitarbeitern der zuständigen Behörden musste deshalb in den letzten Monaten eine regelrechte Flut von Anträgen, nicht selten in Sonderschichten, bewältigt wer-

den. Auf der anderen Seite waren die Antragsteller oft beim Ausfüllen der komplizierten Formulare überfordert. Die Anträge sind mit ihren zahlreichen Fragen und den zu erbringenden Nachweisen sehr unübersichtlich und für einen „Normalverbraucher“ schwer zu verstehen. Dabei wäre es möglich gewesen, die Anträge so zu gestalten, dass sie für jeden begreiflich gewesen wären.

Stattdessen doppelten sich einige Abfragen. Andere sind völlig überflüssig. Manche geforderten Nachweise bzw. Belege werden für die Gewährung von ALG II gar nicht benötigt oder kollidieren sogar mit den Forderungen des Datenschutzes. So werden z.B. Fragen nach den aufgewendeten Fahrtkosten oder nach der Kontonummer des Vermieters gestellt.

Aus diesen Gründen sind viele Betroffene froh und dankbar, dass es Einrichtungen und gemeinnützige Vereine gibt, die ihnen beim Ausfüllen dieser Anträge helfen.



Damit wird ihre Situation zwar nicht grundsätzlich besser, aber wenigstens etwas leichter.

Manfred Gärtner

Zwischenbilanz einer Berliner Koalition

Rot-Rot wirkt.



Nach fast drei Jahren Sparanstrengungen, die noch durch empfindliche Steuerausfälle erschwert wurden, erholen sich die Landesfinanzen. Das erste Mal seit 13 Jahren schließt der Berliner Haushalt ohne Minus ab. Stattdessen haben wir einen Überschuss von mehr als 600 Mio. Euro. Davon werden 400 Mio. zur Absenkung der Neuverschuldung eingesetzt. Jeder konnte es in den letzten Jahren direkt oder indirekt merken: Sparen tut weh. Aber es wirkt. Weniger Schulden bedeuten auch weniger Zinsen. Aber es geht um mehr. Mit diesem Jahresabschluss steigen auch Berlins Chancen, sich in Karlsruhe durchzusetzen, wo Berlins Notlageklage vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. Immerhin haben sich dort elf Bundesländer gegen die Verfassungsklage Berlins mit einem juristischen Gegenstandspunkt zusammenschlossen, die zu beweisen versu-

chen, dass der Berliner Sanierungskurs nicht wirkt.

Er wirkt. Nicht nur beim Sparen. Berlin bleibt eine Stadt, in der fast eine halbe Million Menschen arm oder arbeitslos oder beides sind. Deswegen ist es wichtig, dass die PDS dazu beiträgt, dass die extreme Haushaltsnotlage nicht zum neoliberalen Durchmarsch wird. Haushaltsprobleme haben alle Bundesländer. Doch warum Niedersachsen das Blindengeld abschafft, während Rot-Rot es selbst im Haushaltsnotstand erhält. Warum Berlin trotz der Sparmassnahmen einen höheren Kitabetreuungsstandard hält, während reichere Bundesländer hier zurückliegen. Warum es das rot-rote Berlin schafft, für Teile des öffentlichen Dienstes die Arbeitszeit auf 37 Stunden zu senken, während der neoliberale Mainstream im Rest der Republik darüber redet, sie auf 42 Stunden zu erhöhen. Warum in Hamburg, einer der reichsten

Städte Europas, reihenweise Frauenprojekte schliessen, während sie in Berlin trotz Kürzungen erhalten werden. Diese Fragen sollten wir denjenigen stellen, die behaupten, dass Rot-Rot die soziale Balance verloren hätte.

Trotz der Fortschritte beim Sanieren, für eine Pause beim Sparkurs gibt es keine Chance. Denn auch 2004 lebte unsere Stadt um 1,6 Mrd. Euro über ihre Verhältnisse. Hinzu kommt, dass Berlins Möglichkeiten, zu investieren, extrem beschränkt sind. Ganze 12 Euro je Einwohner wurden in Berlin im ersten Dreivierteljahr 2004 in öffentliche Infrastruktur verbaut – in Brandenburg waren es 69, in Mecklenburg-Vorpommern 78, in Sachsen sogar 86 Euro. Eine solide Finanzpolitik ist der einzige Weg, aus diesem Investitionsdefizit wieder herauszukommen.

Marian Krüger

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Baden gehen mit Rot-Rot

Die Sanierung des Stadtbads Oderberger Straße durch den Senat scheint gesichert. Das war eine der frohen Botschaften, die Senator

Harald Wolf (PDS) auf der Veranstaltung „Baden gehen mit Rot-Rot“ im Januar im Stadtbad verkündete. Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zogen in der Diskussion die Senatoren Harald Wolf, PDS (Wirtschaft, Arbeit und Frauen) und Ehrhart Körting, SPD (Inneres) eine Zwischenbilanz Berliner Politik.

Als vor drei Jahren SPD und PDS Regierungsverantwortung in Berlin übernahmen, waren die Erwartungen groß. Die beiden Senatoren konnten auf eine Reihe von Erfolgen verweisen. So gehe man die Finanzmisere der Stadt an, die Wirtschaftsförderung sei neu geordnet, die Schleierfahndung abgeschafft. Erstmals sind auch Frauen in Aufsichtsräten von Landesunternehmen vertreten. Die Ansiedlung von Unternehmen, die Entwicklung des Tourismus, die Opernstiftung unter finanzieller Beteiligung des Bundes sowie die Umstrukturie-

rung der Hochschulmedizin – das sind Fakten, die Wolf als Beispiele erfolgreicher Politik hervorhob. Senator Körting bezeichnete die PDS als fairen Koalitionspartner und unterstrich, dass etwa mit der CDU die gesteckten Ziele nicht erreicht worden wären. Seine Bejahung von Hartz IV stieß jedoch auf deutlichen Protest beim Publikum.

In der Diskussion gab es neben Zustimmung auch Enttäuschung. Kürzungen im Wissenschafts-, Sozial- und Kulturbereich, hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und das neue Sozialticket seien kein Ausdruck für soziale Gerechtigkeit. Harald Wolf forderte zu realistischer Betrachtungsweise auf. „Man muss sich doch mal Rechnung ablegen, wo wir 2001 standen, als die rot-rote Koalition angefangen hat.“ Die Veranstaltung hat dazu beigetragen, Berliner Politik transparenter zu machen.

Renate Tepper



Mandatswechsel in der Bezirksverordnetenversammlung

Abschied nach fünf Jahren

Das Berlin pleite ist, ist bekannt. Dass hierzu auch Personal in der Berliner Verwaltung abgebaut wird, dürfte nicht verwundern. Davon betroffen bin leider auch ich. Deswegen arbeite ich nun für das Land Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es für junge Menschen noch eine Zukunft im öffentlichen Dienst. Diese berufliche Veränderung war Grund für meine Mandatsniederlegung zum Jahreswechsel nach fünf Jahren aktiver Tätigkeit für die PDS in der BVV.

Seit 1999 gehörte ich der BVV an. Insbesondere die Kinder- und Jugendpolitik habe ich in dieser Zeit mitgestaltet. Die turbulente Zeit war geprägt von der Bezirksfusion, mehrfachen Anläufen zur Bürgermeisterwahl, dem Bruch der großen Koalition und vom ersten rot-roten Senat sowie der Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 und zunehmend schwierigeren Arbeitsbedingungen für die BVV.

Insbesondere die Haushaltsnotlage zwang die BVV immer wieder zum Sparen in allen Bereichen. Die Schließung von Einrichtungen, aber auch einige Neueröffnungen gehörten zum politischen Alltag. Unsachgemäßer Umgang mit öffentlichen Mitteln konnte aufgedeckt und neue Weichen gestellt werden. Kompromisse und Enttäuschungen, Streit und lange Sitzungen gehörten genauso zum Geschäft wie Kreativität, Spaß und kleine Erfolge.

Deshalb ist es schon ein eigenartiges Gefühl für mich, nach dieser Zeit aus der bezirklichen Arbeit auszuschneiden. Zumindest gilt mein Dank vor allen Dingen jenen, die mich bis zuletzt in meiner Arbeit ermutigt haben.

Ich möchte der PDS-Fraktion und meinem Nachfolger viel Erfolg für die nächsten eineinhalb Jahre bis zu den Wahlen 2006 wünschen. Insbesondere würde der PDS-Fraktion ein geschlosseneres und aktive-



res Auftreten gut tun. Auch wünsche ich mir, eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Bezirksverordneten und Abgeordneten der PDS.

Unseren Mitgliedern im Bezirksamt wünsche ich trotz der großen Arbeitsanforderungen immer eine handbreit Wasser unter'm Kiel. Darüber hinaus hoffe ich, dass der Bürgermeister aktiver in der Bezirkspolitik in Erscheinung tritt. Schließlich wünsche ich der PDS im Bezirk und ihren Mitglieder alles Gute und vor allem ein erfolgreiches Jahr. *Sascha Kummer*

Alltag

„Sonne 69“ arbeitet weiter

Nach Bekanntwerden des Insolvenzantrages des Kulturvereins Prenzlauer Berg e. V. wird die pädagogische Arbeit in der Jugendfreizeiteinrichtung „Sonne 69“, Sonnenburger Straße 69 in Prenzlauer Berg, auch ohne bezirkliche finanzielle Förderung vom Kulturverein befristet weitergeführt.

Jugendstadträtin Christine Keil (PDS) erklärt hierzu: „Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat entschieden, dass – bis zur Vorlage des Sanierungsplanes – eine Fortführung der pädagogischen Arbeit der MitarbeiterInnen der Einrichtung in Kooperation Kulturverein und Pfefferwerk gGmbH erfolgt.“

nen. In der Begründung zur Preisvergabe heißt es über den Entwurf der Künstlerin: „Ein besonderer Wert des Konzeptes liegt darin, dass das Schriftband sowohl in den öffentlichen Raum als auch in und auf das Bezirksamtsgelände wirkt. Der Entwurf überzeugt in der direkten Ansprache an die Betrachter durch assoziative Aufnahme der Zeitzeugenberichte in Form von Fragen.“

Das Denkzeichen nimmt Bezug auf Haus 3 des Bezirksamtsgeländes Fröbelstraße. Im Keller des Hauses 3 hatte das NKWD eine Haftstätte errichtet. 1950 wurde sie dem Ministerium für Staatssicherheit übergeben. Sie bestand nach jetzigen Erkenntnissen bis 1956.

Denkzeichenwettbewerb

Den Kunstwettbewerb zur Errichtung eines Denkzeichens für die Opfer der ehemaligen Haftstätte Prenzlauer Allee hat die Künstlerin Karla Sachse aus Pankow gewon-

Wechsel in BVV-Fraktion

Nach dem Wegzug von Sascha Kummer aus Berlin rückte an seiner Stelle zum Jahreswechsel Jens Neumann in die BVV-Fraktion nach.



Buchrezension

Im Fadenkreuz: Kuba

Mit dem Buch „Im Fadenkreuz: Kuba“ gibt Horst Schäfer eine Analyse der Kuba-Politik der USA. Der Autor arbeitete für in- und ausländische Zeitungen und Nachrichtenagenturen in München, Berlin, Washington, New York und Bonn. Das Buch zeichnet die Politik der

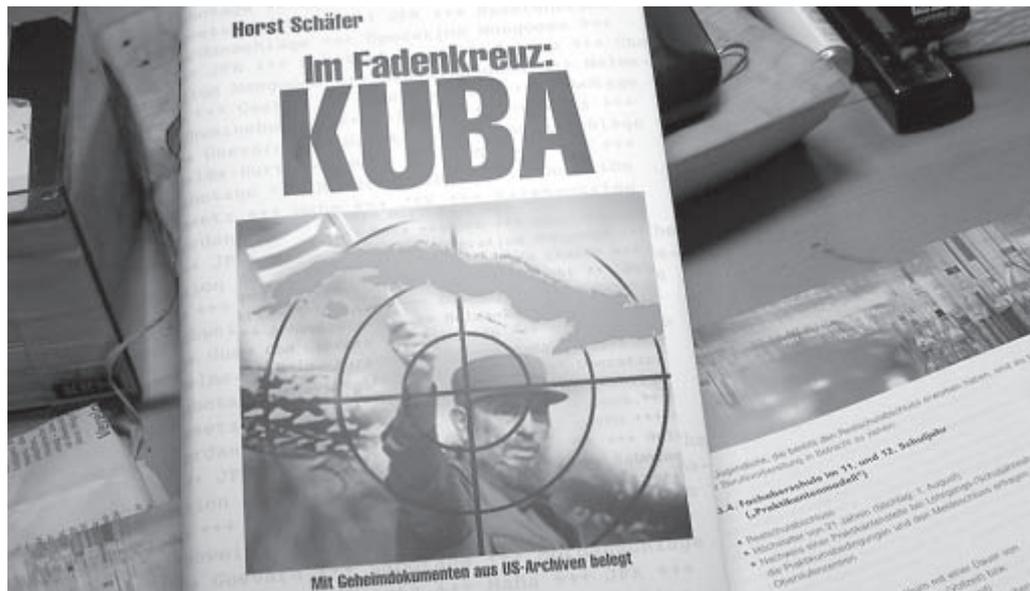
größten Militärmacht der Erde nach, die seit Jahrzehnten über ein kleines Land den Belagerungszustand verhängt hat. Vorwiegend an Hand früher streng geheimer Originaldokumente aus US-Regierungsarchiven, darunter hunderter Akten von CIA, Außenministerium

und dem Weißen Haus, und bekannter Gesetze des US-Kongresses sowie mehrerer Äusserungen von Präsidenten dokumentiert das Buch die US-Boycott- und Blockadepolitik gegen Kuba.

So wurden u.a. Dokumente über die Invasion in der Schweinebucht ausgewertet oder wird der Zusammenhang zwischen den Komplotten zur Ermordung Castros und dem Mord an Präsident Kennedy aufgezeigt. Die Britische Zeitung „The Guardian“ spitzte den aggressiven US-Kurs in einer Schlagzeile so zu: „Warum fürchten die USA Kuba?“ Die Antwort wurde in einer Unterüberschrift gleich mitgeliefert: „Die Feindschaft zum Castro-Regime kommt nicht von dessen Mängeln, sondern von dessen Errungenschaften.“

Erschienen ist das Buch im Kaihomilius Verlag und es kostet 18 Euro.

Gert Cramer



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|--|---|
| 15. Februar
18 Uhr Information zum Rechtsradikalismus in Weißensee, Veranstaltung mit Polizeioberst Ralf Hagen, im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24 | 21. Februar
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 8. März
15 Uhr Frauentagsfeier der PDS Berlin Drei im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 17. Februar
17 Uhr Basistag zur Miet- und Wohnungspolitik der PDS Berlin mit Michail Nelken (Mda) bau- und wohnungspolitischer Sprecher im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 23. Februar
17.30 Uhr 30. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 10. März
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 |
| 18.30 Uhr Veranstaltungsreihe Rot-Rot. Bilanz und Perspektive. Perspektiven durch Kultur. Berlin auf dem Weg zur Kulturhauptstadt? Diskutanten: Thomas Flierl, Wissenschafts- und Kultursenator (PDS), und Almuth Nehring-Venus, Kulturstadträtin Pankow (PDS) im Pfefferberg (Haus 14), U-Bahnhof Senefelder Platz | 28. Februar
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 14. März
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 20. Februar
18 Uhr „Das Flenst“, jour fixe zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 2. März
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24 | 21. März
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| | 2. März
19 Uhr P100, Treffen der jungen PDS-Mitglieder im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 23. März
17.30 Uhr 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| | 7. März
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 4. April
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17 |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Februar 2005
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.